FREIE WÄHLER
Erlangen.

Haushaltsrede zum Haushalt 2024

11.01.2024

<u>Es gilt das gesprochene Wort</u>

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, liebe Bürger*innen,

Der Haushalt einer Stadt ist mehr als nur Zahlen und Finanzpläne; er ist der Schlüssel zur Gestaltung unserer Lebensqualität, zur Förderung von Bildung, Kultur, Infrastruktur und vielen weiteren wichtigen Aspekten, die das Herz unserer Gemeinschaft ausmachen.

Erlangen ist nicht nur eine lebenswerte Stadt, sondern ein lebendiges Miteinander von Menschen, Ideen, Wissenschaft und Innovationen. Diese Besonderheit erfordert eine differenzierte Betrachtung unseres städtischen Haushalts, um sicherzustellen, dass die vorhandenen finanziellen Mittel effizient eingesetzt werden und den Bedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.

Dabei werden wir künftig finanzielle Herausforderungen mit Weitsicht und Pragmatismus meistern müssen. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheiten und globaler Herausforderungen ist es entscheidend, dass wir als Gemeinschaft verantwortungsvoll mit unseren Finanzen umgehen. Wir müssen nicht nur die aktuellen Bedürfnisse erfüllen, sondern auch langfristige Ziele verfolgen, um die finanzielle Stabilität unserer Stadt zu sichern.

Für uns als FREIE WÄHLER ist es wichtig Transparenz und Bürgerbeteiligung zu gewährleisten. Ein offener Dialog zwischen der Stadtverwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern ist unerlässlich. Die Transparenz im Umgang mit den Finanzen schafft Vertrauen und ermöglicht es den Menschen, aktiv an Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Bürgerbeteiligung sollte keine Pflichtübung, sondern ein integraler Bestandteil der Haushaltsplanung sein.

Ein kluger Umgang mit dem Haushalt erfordert nicht nur Einsparungen, sondern auch gezielte Investitionen. Insgesamt streben wir als FREIE WÄHLER nach einer verantwortungsbewussten und nachhaltigen Finanzpolitik, die die Bedürfnisse unserer Stadt und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner in den Mittelpunkt stellt.

Deshalb haben wir zum Haushalt 2024 den Fokus auf folgende zentrale Themen gelegt, die für die finanzielle Gesundheit und nachhaltige Entwicklung unserer Stadt von entscheidender Bedeutung sind.

Wir wollen

- Die Schulsanierungen forcieren
- Eine Haushaltskonsolidierung der mittel- und langfristigen Finanzplanung
- Personalaufbau mit Augenmaß - Gleichzeitig Stärkung der Kernverwaltung zur Erfüllung der Pflichtaufgaben
- Keine neuen Projekte anfangen, bevor begonnene oder bereits beschlossene Projekte aufgearbeitet sind
- Gebotene Zurückhaltung bei der Neuschaffung von zusätzlichen freiwilligen Leistungen – denn diese können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten

Ein zentrales Anliegen in unserer aktuellen Finanzplanung ist die Sanierung unserer Schulen. Bildung ist die Grundlage für die Zukunft unserer Stadt und die Entwicklung unserer Jugend. Daher wollen wir verstärkt die Schulsanierung voranbringen. Durch die jahrelangen Verzögerungen beim Schulsanierungsprogramm haben sich hohe Baukostensteigerungen ergeben. Die Schulen, die noch nicht Instand gesetzt werden konnten, befinden sich teils in einem bedauernswerten Zustand. Als Beispiel möchte ich das Gymnasium Fridericianum anführen. Das Gymnasium hätte laut Schulsanierungsprogramm bereits 2012 saniert sein sollen. Seit Jahren stellen wir deshalb immer wieder den Antrag diese Sanierung vorzuziehen. Auch in diesem Jahr haben wir diesen Antrag gestellt. Leider klappt es auch dieses Mal nicht. Das hat aber hauptsächlich verwaltungstechnische Gründe.

Die Schulsanierungen schieben wir bereits Jahre vor uns her. Hier würden wir uns insgesamt eine bessere Priorisierung wünschen. Bestimmt sind Sie mit mir der Meinung, dass eine zeitgemäße Lernumgebung nicht nur das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler fördert, sondern auch die Qualität der Bildung.

Auch bei unseren Brücken im Stadtgebiet gibt es einen Sanierungsstau. Viele der Brücken sind marode und müssten dringend saniert werden, bevor Gefahr im Verzug ist und eine Sperrung droht.

Für die Brückensanierung hatten wir ebenfalls Mittel beantragt. Leider ist man unserem Antrag nicht gefolgt.

Die Stadt Erlangen hat eine Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen, eine lebenswerte Umwelt zu bewahren. In Erlangen haben wir beschlossen aktiv zu werden und haben 2023 im Zuge des Klima-Aufbruchs 14 Maßnahmen beschlossen.

Unserer Meinung nach sollte der städtische Haushalt diese Maßnahmen sowie die ökologische Nachhaltigkeit nicht nur berücksichtigen, sondern aktiv fördern. Wir sind generell offen für umsetzbare klima- und umweltfreundliche Projekte. Die Belange von Wirtschaft- und Einzelhandel gilt es dabei aber ebenso zu berücksichtigen, da ohne die Gewerbesteuereinnahmen aus Wirtschaft, Einzelhandel und Gastronomie eine Umsetzung der Klimaziele finanziell nicht machbar wäre.

Um in Sachen Klima-Aufbruch den gewünschten Erfolg zu erzielen, wurde die Stadtgesellschaft vordergründig aktiv mit einbezogen, viele gute Vorschläge fanden allerdings keine Berücksichtigung! Es ist frustrierend, wenn Bürger:innen Ihre Gedanken einbringen, aber dieses auf das Verwaltungshandeln kaum Wirkung zeigt.

Das gilt im Übrigen auch für die Orts- und Stadtteilbeiräte, die sich ehrenamtlich in ihren Stadtteilen einsetzen und oft feststellen müssen, dass sie einfach übergangen werden und ihre Empfehlungen ignoriert werden. Wenn Bürgerbeteiligung gelingen soll, müssen die Bürger:innen auch ernst genommen werden. Herr Oberbürgermeister, wann beginnen Sie damit?

Wir stellen im Stadtrat gemeinsam die politischen Weichen und müssen sicherstellen, dass unsere Stadt finanziell nachhaltig agiert und für zukünftige Herausforderungen gewappnet ist. Dies erfordert kluge Investitionen, ein effizientes Ressourcenmanagement und eine genaue Analyse unserer Einnahmen und Ausgaben um eine solide finanzielle Basis für die kommenden Jahre zu schaffen.

Für uns als FREIE WÄHLER ist ein wesentlicher Aspekt für eine Haushaltskonsolidierung die mittel- und langfristige Finanzplanung.

Wenn Sie die mittel- und langfristige Finanzplanung betrachten, sehen sie dass wir kaum Spielräume für die kommenden Jahren haben Im Gegenteil!

Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre 2025 bis 2027 in Höhe von 71,6 Mio. € werden uns noch beschäftigen.

In diesem Haushalt können wir noch Gewerbesteuereinnahmen verbuchen, die Dank einer Einmalzahlung komfortabel sind. In den kommenden Jahren werden wir dieses Niveau nicht halten können.

Personal bindet Mittel auf lange Sicht. Um auch in den kommenden Haushaltsjahren handlungsfähig zu bleiben, müssen wir deshalb eine umsichtige Personalpolitik betreiben. Im Vorfeld haben wir deshalb bereits viele Gespräche geführt. Die daraus resultierenden reduzierten Stellenneuschaffungen in Höhe von fast 3,25 Mio. € können wir in diesem Fall sogar mittragen.

Denn die Pflichtaufgaben unserer Kernverwaltung müssen erfüllbar sein. Die primäre Verantwortung einer Stadtverwaltung ist es, die grundlegenden Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Durch gewachsene Verwaltungsaufgaben und notwendigen Stellen in der Kinderbetreuung, können wir diesen Bedarf nachvollziehen.

Im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik ist es trotzdem geboten, den Personalaufbau künftig zu begrenzen. Wir setzen auf Effizienzsteigerungen und eine optimierte Arbeitsweise, um den städtischen Haushalt zu entlasten. Es ist wichtig, dass wir verantwortungsbewusst mit unseren Ressourcen umgehen und sicherstellen, dass wir die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter effizient einsetzen. Weniger Personalaufbau bedeutet nicht zwangsläufig einen Qualitätsverlust in den städtischen Dienstleistungen, sondern erfordert eine sorgfältige Analyse und Optimierung der bestehenden Strukturen.

Dabei wollen wir besonders die Belange unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Blick behalten.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Haushaltspolitik ist die klare Priorisierung von Projekten. Bevor wir neue Vorhaben starten, müssen bereits begonnene oder beschlossene Projekte aufgearbeitet werden. Dies gewährleistet eine effektive Umsetzung und verhindert Ressourcenverschwendung. Wir wollen sicherstellen, dass jede Investition sinnvoll und nachhaltig ist und den größtmöglichen Nutzen für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger bringt. Nur so können wir langfristig positive Ergebnisse für unsere Stadt zu erzielen. Darauf haben wir wiederholt an dieser Stelle hingewiesen. Doch passiert ist nichts!

Die Stadt-Umland-Bahn ist zweifellos ein Projekt von großer Tragweite, das nicht nur die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger beeinflusst, sondern auch erhebliche finanzielle Auswirkungen auf unseren städtischen Haushalt hat. Als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung tragen wir die Verantwortung, sicherzustellen, dass Entscheidungen im Interesse der Gemeinschaft getroffen werden.

Es ist bedauerlich festzustellen, dass Tatsachen geschaffen wurden, noch bevor das so geplante Ratsbegehren am 9. Juni gemeinsam mit der Europawahl entschieden werden kann. Dies wirft Fragen auf und erzeugt Unmut in unserer Stadt-Gesellschaft.

Die Stadt-Umland-Bahn ist ein bedeutendes Projekt für die Mobilität in unserer Stadt und der umliegenden Region. Aber gerade vor dem Hintergrund der bekannt gegebenen Kostensteigerung um mehr als 80% ist es von entscheidender Bedeutung, dass solche Projekte in enger Abstimmung mit der Bevölkerung und den demokratischen Prozessen vorangetrieben werden.

Wie wir alle wissen sind die Diskussionen um dieses Projekt intensiv und haben die Gemüter in unserer Stadt stark bewegt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch über die geplanten Sperrungen im Bereich Arcaden/Henkestraße für den Individualverkehr sprechen. Diese Maßnahme hat zweifellos erhebliche Auswirkungen auf verschiedene Bereiche unserer Gemeinschaft, insbesondere auf die Wirtschaft, den Einzelhandel und die Arbeitnehmer. Wir können diese so nicht befürworten!

Wir finden es wäre das Mindeste gewesen, vorab über eine alternative Verkehrsführung nachzudenken und die Kosten transparent darzustellen bevor man diese einschneidende Maßnahme beschließt.

Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleister stehen bereits heute mit dem Rücken zur Wand. Nun drohen weitere Schwierigkeiten, da der eingeschränkte Zugang für Kunden möglicherweise zu Umsatzeinbußen führt.

Die Auswirkungen auf die Arbeitnehmer sind ebenfalls von Bedeutung. Pendler werden vor zusätzlichen Herausforderungen stehen, wenn es um den Zugang zu ihren Arbeitsplätzen geht.

Viele alternative Ausweichstrecken und Verkehrsmöglichkeiten gibt es nicht

Wir hätten uns im Vorfeld eine umfassendere Diskussion und Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Parteien gewünscht.

Nur gemeinsam können wir Lösungen finden, die die Umwelt und Klima schützen, aber gleichzeitig die wirtschaftlichen Interessen und das Wohlbefinden unserer Bürger berücksichtigen.

Es wäre nach einem Ratsbegehren noch ausreichend Zeit gewesen gemeinsam darüber diskutieren und nach Lösungen suchen. Die aktuelle Vorgehensweise von SPD, Grüne, ERLI und Klimaliste und ÖDP lässt Raum für Missverständnisse und schürt die Angst vor einem undemokratischen Vorgehen.

Das gilt auch für die Entscheidung zur Umstufung der B4 zur Kreisstraße im Abschnitt zwischen BAB A73 und BAB A3.
Die Herabstufung hat für unsere Stadt hohe finanzielle Folgen.

Diese Kosten für Straßen-Unterhalt, Stadtgrün, Reinigung und Winterdienst, in Höhe von 1 Mio. € jährlich, lassen sich nach unserer Meinung im Haushalt nicht abbilden. Zusätzlich kommt noch ein nicht kalkulierter Personalaufwand hinzu, der nicht in den Kosten enthalten ist.
Diese Umstufung erfolgt zu diesem Zeitpunkt ohne eine zwingende Notwendigkeit, bindet aber finanzielle Mittel, die wir an anderer Stelle dringend bräuchten, z. B. für die Schulsanierungen.
Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, in Entscheidungen, die ihre Lebensqualität und ihre Stadt betreffen, eingebunden zu werden.

Das Ratsbegehren sollte die Möglichkeit bieten, ihre Stimme zu diesem wichtigen Vorhaben abzugeben. Die zeitliche Nähe zur Europawahl mag Zweifel aufkommen lassen, ob dies bewusst so gewählt wurde, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu minimieren.

Die Stadt-Umland-Bahn kann nur ein effizientes Verkehrsmittel werden, wenn dieses Projekt auf breiter Zustimmung und demokratischer Legitimität basiert. Nur so können wir sicherstellen, dass die Entscheidungen, die wir treffen, im besten Interesse aller Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt sind. Wir sollten uns gemeinsam bemühen, eine nachhaltige Lösung zu finden, die die Mobilität fördert, wirtschaftliche Chancen schafft und gleichzeitig die finanziellen Ressourcen unserer Stadt verantwortungsbewusst verwaltet.

Laut damaligen Verkehrsentwicklungsplan entsprach das Verkehrsaufkommen im Jahr 2016 in Erlangen bereits dem einer Großstadt mit etwa 150.000 bis 200.000 Einwohnern. Inzwischen liegen wir deutlich darüber. Auch wenn die Kurve, wie der VEP 2030 zeigt, inzwischen deutlich flacher verläuft. Das hat einmal damit zu tun, dass Erlangen im Verhältnis zur Einwohnerzahl überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze bietet und täglich Studierende in unsere Universitätsstadt kommen. Nicht Jedem ist es möglich auf das Rad oder öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen.

Deshalb brauchen wir außerhalb der Innenstadt dringend ausreichend Parkfläche.

Durch den geplanten Abriss des maroden Parkhauses am Westparkplatz, ohne angemessene Schaffung von Alternativen hat sich der Parksuchverkehr weiter verstärkt.

Die Entscheidung, das Parkhaus zu sperren und abzureißen, ohne gleichzeitig adäquate Alternativen bereitzustellen, lässt viele Fragen offen. Wie werden die Einpendler:innen, Bewohner:innen und Kund:innnen des Einzelhandels der Stadt ihre Fahrzeuge in der Zwischenzeit sicher und parken können? Welche kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen sind geplant, um die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten?

Bislang lassen die Antworten auf diese Fragen noch auf sich warten.

Wir sind als Oppositionspartei sehr gespannt, wohin uns diese Entwicklung noch führen wird.

Wir sehen diese Entwicklung kritisch und haben das bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Unsere Stadt hat in der Vergangenheit einen beeindruckenden wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, der es uns ermöglicht hat, in Bildung, Infrastruktur und soziale Projekte zu investieren.

Erlangen steht vor verschiedenen Herausforderungen, sei es der demografische Wandel, der Klimawandel oder aktuelle gesellschaftliche Veränderungen. Unsere finanziellen Entscheidungen müssen diese Aufgaben proaktiv angehen und abbilden.

Ein ausgeglichener Haushalt ist eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Aber es geht nicht nur darum, die Finanzen im Griff zu behalten. Wir müssen gemeinsam an der Gestaltung unserer Stadt arbeiten. Bürgerbeteiligung ist kein Schlagwort, sondern ein zentraler Wert, den wir fördern sollten.

Trotz ausführlicher Gespräche, in denen wir teilweise aufeinander zugehen konnten, fanden viele unserer Anträge keine Berücksichtigung. Deshalb können wir diesem Haushalt nicht zustimmen.

Auf unsere Kritikpunkte bin ich ausführlich eingegangen.

Bedanken möchten wir uns bei Herrn Oberbürgermeister Dr. Florian Janik und Herrn Bürgermeister Jörg Volleth für Ihren Einsatz in unserer Stadt.
Wir danken allen Stadtratskolleginnen und –Kollegen für die anregenden Diskussionen und die überwiegend konstruktive Zusammenarbeit
Ein herzliches Dankeschön sagen wir den Mitgliedern der FDP-Stadtratsfraktion für die gute und kollegiale Zusammenarbeit in unserer Ausschussgemeinschaft.

Der Kämmerei danken wir für ihren großartigen Einsatz.

Ein großer Dank auch an alle Referent*innen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, des Personalrates, den städtischen Töchtern und Beteiligungen und allen Medienvertreter*innen.

Sowie unseren Bürger*innen und Ehrenamtlichen, ohne deren Unterstützung wir die Arbeit als Stadtverantwortliche und Stadträt*innen nicht leisten könnten
Ihnen allen wünschen wir ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2024.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre aktive Teilnahme an der Gestaltung unserer Stadt.